+++Meldungen+++

Stromnetz: Privat contra Staat

16. März 2011 – Über den am besten geeigneten Betreiber für die nordrhein-westfälischen Stromübertragungsnetze haben Sachverständige im **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** (Vorsitz Dr. Jens Petersen, CDU) diskutiert. Basis dafür war ein Antrag der Linken (Drs. 15/466). Darin regen sie an, dass das Land die Netze der RWE-Tochter Amprion kaufen könnte. Ein Großteil der Fachleute sprach sich jedoch dagegen aus. Laut Bundesnetzagentur gewährleistet die aktuelle Gesetzeslage bereits heute einen diskriminierungsfreien Netzzugang. „Es kommt auf die richtige Regulierung an", ergänzte Dr. Felix Engelsing vom Bundeskartellamt. Diese sei erschwert, wenn der Staat das Netz betriebe und sich folglich selbst kontrollieren müsste. Solange Private die Netze mit den gegebenen Anreizregulierungen zufriedenstellend betrieben, dürfe der Staat wegen des Subsidiaritätsprinzips nicht eingreifen, meinte die IHK. Lediglich Prof. Dr. Marquardt von der FH Gelsenkirchen bewertete den Staat beim Stromnetz als geeigneteren Eigentümer, da dieser kein reines Renditeinteresse verfolge.

Bestürzung über Japan-Katastrophe

16. März 2011 – Die **Ausschüsse für Wirtschaft, Mittelstand und Energie sowie für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** haben sich nach einer Schweigeminute mit der Katastrophe in Japan beschäftigt. Hinsichtlich der Schlussfolgerungen für NRW erklärte Wirtschafts- und Energieminister Harry Kurt Voigtsberger (SPD), die Urananreichungsanlage Gronau und das Zwischenlager Ahaus würden eingehend auf die Einhaltung der Sicherheitsstandards überprüft. Umweltminister Johannes Remmel (Grüne) betonte, in NRW gebe es keine Hinweise auf eine erhöhte Strahlenbelastung. An den Flughäfen Düsseldorf und Köln sowie am Duisburger Hafen habe man vorsorglich mit der Kontrolle von Wareneingängen, speziell Lebensmitteln, begonnen. Mit Blick auf die allgemein akzeptierte Zäsur in der Energiepolitik erörterten die Fraktionen anschließend das Tempo des Ausstiegs aus der Atomtechnik.

Bilanz zum Nichtraucherschutz

23. März 2011 – Drei Jahre nach Start des Nichtraucherschutzgesetzes hat Gesundheitsministerin Barbara Steffens im **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit, Soziales und Integration** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) Bilanz gezogen. NRW habe im Ländervergleich die lascheste Regelung, sagte Steffens. Zu viele Ausnahmen, zu viele Schlupflöcher: „Gerade bei der Gastronomie haben wir massive Probleme." Dies führe zu einem Wildwuchs, bestätigte die Linke. CDU und FDP betonten zwar, das Gesetz von 2008 habe sich grundsätzlich bewährt. Dennoch gebe es die genannten Probleme, bestätigte Hubert Kleff (CDU): „Wir müssen das Gesetz so gestalten, dass Kontrollen möglich sind." Auch Grüne und SPD setzten sich für eine Änderung ein. Letztere plädierte zudem für einen bundeseinheitlichen Nichtraucherschutz.

Illustration: Peter Flock

Experten: Stau-Land Nummer Eins

23. März 2011 – Die zügige Umsetzung von Schienen- und Straßenbauprojekten war Thema einer Anhörung, die der **Ausschuss für Bauen, Wohnen und Verkehr** (Vorsitz Dieter Hilser, SPD) auf Antrag der FDP (Drs. 15/480) durchführte. Dabei verwiesen die Experten auf die Kosten, die durch Staus verursacht würden – für ganz Deutschland schätzten sie den Betrag auf 25 Milliarden Euro pro Jahr. NRW wurde auch aufgrund seiner Lage als Transitland als „Stauland Nr. 1" bezeichnet. Vor diesem Hintergrund erörterten die Fachleute den Bedarf an Infrastruktur sowie die Kriterien für eine optimale Prioritätensetzung, insbesondere mit Blick auf das Verhältnis von Erhalt und Neubau. In diesem Zusammenhang ging es sowohl beim Gütertransport als auch beim Personenverkehr um die Frage, wie zukünftig das Verhältnis von Straße, Schiene und öffentlichem Personennahverkehr ausgestaltet sein solle. Zu den Rahmenbedingungen gehörten neben den Prognosen für das zukünftige Verkehrsaufkommen auch die Entwicklung von Klima und Energieversorgung. Ein wichtiger Punkt war ebenfalls die frühzeitige Information und Beteiligung der Öffentlichkeit über geplante Infrastrukturmaßnahmen.

90 Prozent geborgen

23. März 2011 – Über die Einsturzfolgen des Historischen Archivs in Köln gab ein Sachstandsbericht im **Kulturausschuss** (Vorsitz Dr. Fritz Behrens, SPD) Auskunft. Der Kölner Kulturdezernent Prof. Georg Quander und Archivleiterin Dr. Bettina Schmidt-Czaia erläuterten, 90 Prozent des Archivguts seien geborgen. Die Restaurierungskosten beliefen sich auf bis zu 350 Millionen Euro. Finanzielle Hilfe bekommt das Archiv vom Bund und vom Land NRW. Die Abgeordneten sagten weitere Unterstützung zu.

Gespräche in Brüssel

…uch nach dem Jahr 2013 werde es …Strukturfördermittel für Ziel-II-Regionen in Europa geben. Das erfuhren die Mitglieder des **Ausschusses für Europa und Eine Welt** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) bei Gesprächen in der Vertretung des Landes NRW in Brüssel. Dr. Madeleine Mahovsky, Mitglied im Kabinett von EU-Kommissar Johannes Hahn (Regionalpolitik), erklärte, die finanzielle Förderung der Regionen sei wichtig, um die Strategie „Europa 2020" mit regionalen „Zugpferden" zu realisieren. Dr. Andreas Schwarz, Mitglied im Kabinett von EU-Haushaltskommissar Janusz Lewandowski, informiert anschließend über die Vorbereitungen zum nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU nach 2013. Dieser solle stärker als bisher aus Eigenmitteln statt aus Beiträgen der Mitgliedstaaten finanziert werden. In Brüssel kamen die Abgeordneten außerdem mit EU-Energiekommissar Günther Oettinger zusammen. So erfuhr der Europa-Ausschuss aus erster Hand, die EU müsse sich in der Energiepolitik verstärkt für Versorgungssicherheit, Preisstabilität und den Ausbau der Infrastruktur einsetzen.